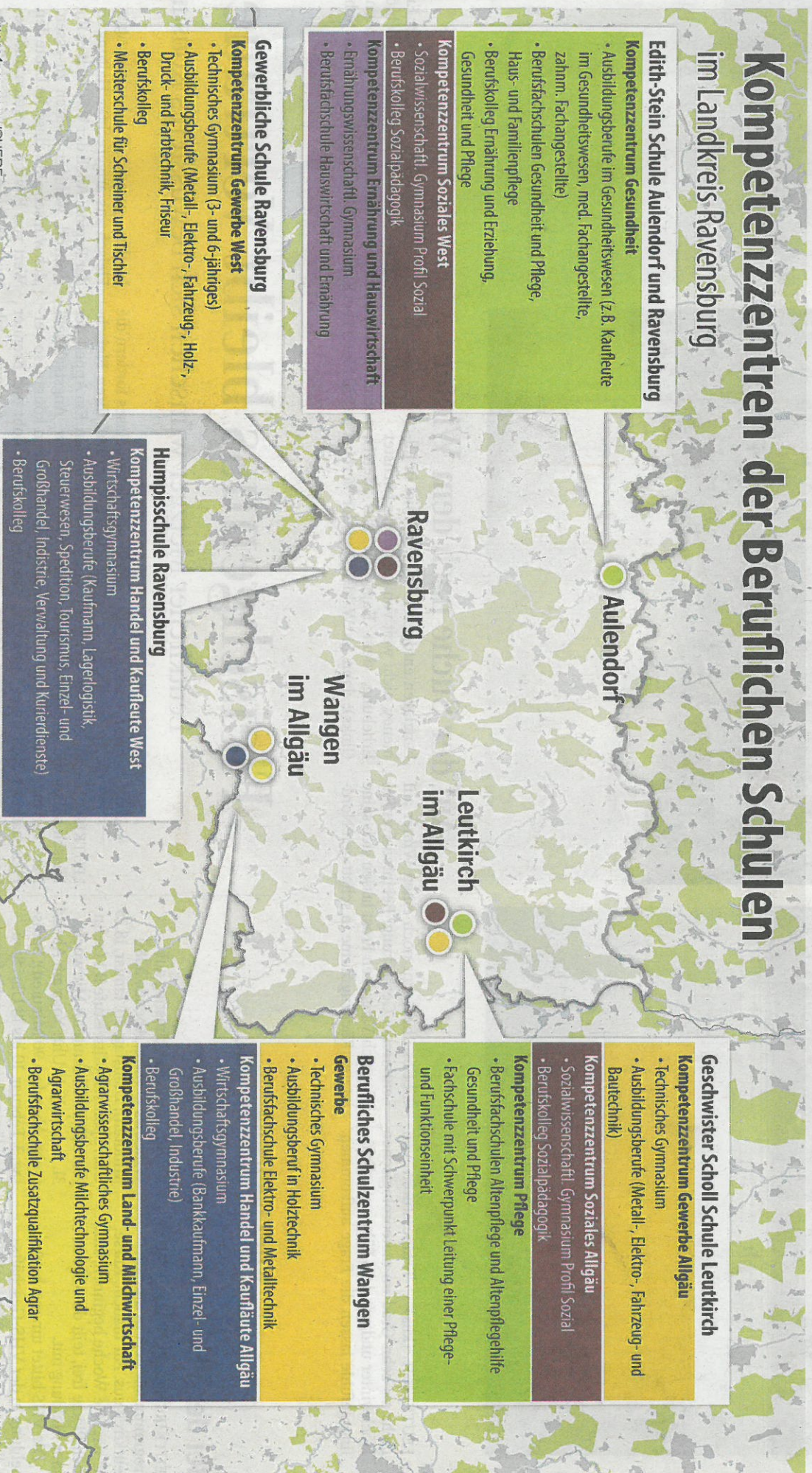


Kompetenzzentren der Beruflichen Schulen im Landkreis Ravensburg



So setzen sich die Kompetenzzentren an den Beruflichen Schulen im Kreis gemäß des verabschiedeten Modells „K3“ zusammen.

Am Ende ging es um Kompromisse

Debatte um Berufsschulen ist entschieden – Lang und Henle setzen sich mit ihrem Vorschlag durch

Von Jan Peter Sieppat

BERGARTREUTE/WANGEN - Nach monatelangen Debatten hat der Kreistag mit großer Mehrheit eine Neuordnung der Berufsschulen im Landkreis Ravensburg beschlossen. Verabschiedet wurde am Donnestagabend mit der Variante „K3“ das „sanfteste“ von drei Modellen zur Bildung von Kompetenzzentren und der damit verbundenen Zusammenlegung von Ausbildungsgängen.

Zahlreiche Lehrer und Schüler der Kreisberufsschulen waren in die Beratereuter Gemeindehalle gekommen, um der Diskussion zu folgen. Und sie spendeten Applaus: Vor allem, wenn sich Gegner der von der Kreisverwaltung auf den Tisch gelegten Modelle äußerten – wie etwa Vertreter der SPD. Am Ende waren die Sozialdemokraten mit ihrem Werben um mehr Verständnis und stärkerer Beachtung von Schülerbelangen, insbesondere bei den von ihnen kritisierten, langen Schulwegen, aber deutlich in der Minderheit.

Dem dem Antrag der Oberbürgermeister Wängens und Leutkirchs für die Variante „K3“ hatte sich kurz danach die CDU-Fraktion angeschlossen. Sie brachte das Papier der Rathauschefs mit in das Gremium ein. Harald Sievers hatte sich auch Landrat Harald Sievers dem Vorschlag angeschlossen und damit das von der Kreisverwaltung favorisierte, weiter

gehende Modell „K2“ de facto verworfen. Am Ende gab es bei 62 anwesenden Kreisräten lediglich neun Gegenstimmen für „K3“.

„Für keinen schmerzfrei!“

In der Debatte kamen zahlreiche, zuvor im Schulausschuss ausgetauschte Argumente zum Tragen. Die beiden „K3“-Antragsteller, Hans-Jörg Henle (CDU) und Michael Lang (FW), sprachen sinngemäß erneut von einem hart erarbeiteten Kompromiss. Auch „K3“ sei aus jeweiliger Sicht auf die „eigenen“ Berufsschulstandorte in Leutkirch und Wangen nicht das Wunschergebnis.

Bahnen und Busse auf dem Prüfstand

Einmütig hat sich der Kreistag für eine Prüfung der Anbindungen von Bussen und Bahnen im Zuge der Neuordnung der Berufsschulstruktur ausgesprochen. Er folgte damit einem Antrag der SPD. Dieter Krattenmacher (CDU, KfB-leger Bürgermeister) sprach von einem zentralen Punkt: „Wir müssen wissen, wie die Schüler zur Schule und nach Hause kommen.“ Die Bedeutung unterstrich er mit den vor der Tür stehenden Ausbauten von Allgäu- und Südbahn. Wie berichtet, wird deshalb schon in diesem Jahr über Monate

So erklärte Henle: „Das war für keinen schmerzfrei, aber jeder hat gesehen, dass damit die Schullandschaft gestärkt wird.“ Zumal die Variante „auf Besonderheiten“ eingegangen. Auch Lang sprach von „schmerzhaften Einschnitten“ durch den Verlust der Bereiche Metall und Elektrotechnik, betonte aber den Erhalt des zweizügigen Technischen Gymnasiums (TG) und der Übergangssysteme zwischen Schule und Beruf in Wangen. Für ihn ein entscheidender Unterschied zu „K2“, was den Abzug eines TG-Zugs sowie den weitgehenden Wegfall der Übergangsklassen vorsah.

hinweg der Zugverkehr bei Leutkirch unterbrochen und durch Busse ersetzt. „Unzumutbare Beförderungsketten“ müssten deshalb vermieden werden. Landrat Harald Sievers sprach von einem „guten Arbeitsauftrag“ für die Kreisverwaltung. Allerdings werde das Landratsamt keine Reform des öffentlichen Nahverkehrs binnen eines halben Jahres hinbekommen. Der Einstieg in das neue Berufsschulsystem soll im Herbst beginnen. Auch dies beschloss der Kreistag mit großer Mehrheit. (jps)

Es gab auch Befürworter des Modells „K2“ – und zwar bei den meisten Grünen. Laut Roland Zintl hätte diese Variante eine „gute Balance“ aus klarer Struktur, Bündelung und Qualität einerseits und der Einbeziehung von „Gewachsenem und Gewohntem“ gebildet. Mit „K3“ werde der Standort Leutkirch „nicht genug gestärkt“. Dort gebe es künftig 1300 Schüler, während es in Wangen 2100 seien. Dennoch ging die Mehrheit der Grünen am Ende bei „K3“ mit.

Berechnungen der SPD

Berechnungen stelle auch die SPD an – und zwar zu den aus ihrer Sicht wachsenden Schulwege. Fraktionschef Rudolf Bindig sprach von 2,5 Millionen „Personenkilometer“ pro Jahr zusätzlich und kritisierte mit Blick auf die Sitzungsunterlagen: „Die Schulwege und die Erreichbarkeit sind in keinem Papier erwähnt.“ Erneut sprach sich Bindig dafür aus, „nur zu ändern, was unbedingt geändert werden muss“. Damit fand die SPD ebenso keine Mehrheit wie mit dem Ziel, die Entscheidung erst im März zu fällen, um zuvor Schüler und Eltern zu hören. Unterstützung fand sie vor allem bei der ÖDP, für die Max Scharpf erklärte: „Da werden viele Wege unzumutbar.“

Die SPD erntete deutlichen Widerdruck, vor allem von der CDU: „Uns allen liegt das Wohl der Schüler und Eltern am Herzen“, erklärte etwa

Josef Forderer, der aber zugab: „Es gibt Leute, die müssen künftig weiter fahren.“ In dem Votum vom Donnestag sah er nur einen „Einstieg“ in später eventuell nötige weitere Veränderungen und prognostizierte bei teils weiter sinkenden Schülerzahlen möglichen Blockunterricht.

Dass es bei der Entscheidung zur künftigen Berufsstruktur aus regionalen Gesichtspunkten nicht um Maximallösungen ging, sondern alle Seiten Kompromisse schließen müssen, wurde nicht nur in den Beiträgen von Michael Lang und Hans-Jörg Henle deutlich. FW-Fraktionschef Oliver Spiß sprach von einem Ringen in seiner Fraktion. Siegfried Spangenberg (Grüne) gar von einem „Zerreißprobe“. Spiß spürte zudem ein „Bauchgrummeln“ beim bereits für das kommende Schuljahr geplanten Start der Umsetzung. Auch sei ihm nicht klar, wie viel die Strukturveränderungen mit den anstehenden Schulinvestitionen von mehr als 200 Millionen Euro zu tun hätten. Der Bürgermeister von Fromente deutete an, dass sich die Debatte zu sehr aufs Allgäu bezogen habe: „Den westlichen Landkreis gibt es ja auch noch.“ Ähnlich äußerte sich Volker Restle, CDU-Fraktionschef und Bürgermeister von Horgenzell. Landrat Harald Sievers lobte am Ende die „Solidarität“ und den „Interessenausgleich“ der Kreistäte – insbesondere zwischen den Standorten im Allgäu.

Quelle: Landratsamt Ravensburg